

der approbirter Apotheker sächsischer Staatsangehörigkeit um Regelung des Apothekenkonzessionswesens und Vermehrung der Apothekenanlagen, nebst Anschlußpetitionen, sowie über die Petitionen des Bezirksvereins „Triebischtal“ in Meissen, des Gemeinderaths zu Copitz und Genossen, des Gemeinderaths zu Baunsdorf und des Gemeinderaths zu Großschöcher-Windorf wegen Errichtung von Apotheken.

Präsident: Zur Schlußberathung auf eine Tagesordnung.

(Nr. 597.) Antrag zum mündlichen Berichte der Beschwerde- und Petitionsdeputation über die Petition des Gemeinderaths zu Lambzig, die Vertheilung der Kosten für die Schulbedürfnisse betr.

Präsident: Gleichfalls zur Schlußberathung auf eine Tagesordnung.

Für heute haben sich entschuldigt Herr Abg. Kluge wegen Deputationsarbeit, Herr Abg. Preibisch wegen dringender Geschäfte.

Wir treten in die Tagesordnung ein: 1. „Allgemeine Vorberathung über das Königl. Dekret Nr. 38, einen zweiten Nachtrag zu dem ordentlichen Staatshaushaltsetat für die Finanzperiode 1900/01 betreffend.“

Ich eröffne die Debatte und gebe dem Herrn Abg. Horst das Wort.

Abg. Horst: Meine Herren! In Kap. 60 sind unter Tit. 14 60,000 M. eingestellt zur Unterstützung derjenigen ärmeren Pferdebesitzer, deren Thiere in der letzten Zeit an der Genickstarre, sogenannten Bornaischen Pferdekrankheit, umgestanden sind. Wir können für diese Einstellung der Königl. Staatsregierung nur unseren wärmsten Dank sagen. Ich möchte mir aber hierbei noch eine Anfrage erlauben dahingehend, ob bei der Unterstützung auch diejenigen Kalamitosen mitgemeint sind, die in früheren Jahren, also in der Zeit, wo keine Unterstützungen ausgeworfen waren, zu Schaden gekommen sind, also ob diese Einstellung auch rückwirkende Kraft hat.

Präsident: Das Wort hat der Herr Staatsminister von Metzsch.

Staatsminister von Metzsch: Auf die von dem Herrn Abg. Horst an die Regierung gestellte Anfrage kann ich im allgemeinen die Zusicherung aussprechen, daß diese eingestellte Summe an Zeitfrist auch nach rückwärts laufend nicht gebunden ist, und je nachdem nach der Konstruktion des Falles, vorzüglich nach der Bedürfnislage des Betreffenden man auch bestrebt sein wird, möglichst nach dieser Richtung weiter zurückliegende Fälle in Berücksichtigung zu ziehen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Schubart.

Abg. Schubart: Meine Herren! Ich bin über die soeben von dem Herrn Staatsminister abgegebene Erklärung sehr erfreut, weil sich dadurch mein Wunsch, den ich bereits im Landeskulturrathe äußerte, für die an der Krankheit gefallenen Pferde die betreffenden Besitzer wenigstens theilweise schadlos zu halten, verwirklichen wird. Wenn ich nun auch für die Summe von 60,000 M. ganz besonders dankbar sein muß, weil sie eigentlich meinen ursprünglichen Wunsch von 50,000 M. übersteigt, so muß ich doch nach den nun weiter vorliegenden Zahlen sagen, daß auch diese Summe jedenfalls noch nicht dahin führen wird, eine reichliche Entschädigung gewähren zu können. Es sind in den Jahren 1897, 1898, 1899 weit über 1000 Pferde verendet, es würde also im Durchschnitte eine Summe von 60 M. pro Stück entfallen. Wenn auch von vornherein ausgeschlossen ist, daß vermögende Pferdebesitzer in Genuß dieser Entschädigung treten können, so weiß ich doch aus Erfahrung, wie die Vertheilung der letzten, im Landtage 1896/97 bewilligten Summe, sich schwierig gestaltete, und wie schwer die Auswahl unter den betreffenden Verlustträgern war, hinsichtlich der Bestimmung ihrer Bedürftigkeit. Es sind damals, wenn ich nicht irre, nur Pferdebesitzer berücksichtigt worden, die ein Einkommen bis zu 1600 M. hatten. Wie sich aber nach der Zeit von 1897 bis gegenwärtig die Lage der Landwirthschaft verschlechtert hat, glaube ich, daß die Zahl derer, die ein Einkommen unter 1600 M. haben werden, eine bedeutend höhere geworden ist, als wie das vor drei Jahren der Fall war. Ich werde noch Gelegenheit haben, in der Deputation dies Kapitel zu erörtern, da dasselbe in meine Berichterstattung fällt, und werde mir nach genauer Prüfung vielleicht noch einen weiteren Antrag an die Königl. Staatsregierung erlauben.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Grumbt.

Abg. Grumbt: Meine Herren! Zu Tit. 35 ist gesagt worden, daß die Summe von 200,000 M. vor allen Dingen in Rücksicht auf das Publikum und die Geschäftsleute überhaupt verlangt wird. Ich bin der Königl. Staatsregierung sehr dankbar dafür und wünsche, daß dieselbe Rücksicht auch maßgebend sein möge für Dresden-Neustadt. Meine Herren! In dem alten Leipziger Bahnhofsgebäude befand sich eine Postaufgabestelle; wie ich höre, ist in dem neuen Bahnhofsgebäude eine solche nicht vorgesehen worden und zwar deswegen, weil seitens der Kaiserl. Postdirektion angenommen wird, diese Postaufgabestelle sei nicht nöthig. Ich bin gegentheiliger Meinung; die Geschäftswelt hat ein großes Interesse